

Antrag GS-02: Sexuelle und reproduktive Rechte

Antragsteller*in:	AWO Präsidium, Zukunftsforum Familie e.V. (korporatives Mitglied)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	GS - Gleichstellung & Gewaltschutz

- 1 Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und das Zukunftsforum Familie (ZFF) fordern die
2 Mitglieder der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag sowie die
3 Bundesregierung auf
- 4 • sich für die **vollständige Entkriminalisierung** von Schwangerschafts-abbrüchen
5 einzusetzen,
 - 6 • **staatliche Barrieren**, die dem freien und legalen Zugang zu
7 Schwangerschaftsabbrüchen und der Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen
8 und internationaler Standards widersprechen abzubauen,
 - 9 • sich für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte
10 **medizinische und psychosoziale Versorgung** von allen Schwangeren einzusetzen,
11 ebenso
 - 12 • die auskömmliche **Finanzierung der Beratungsstellen** für Schwangerschaft,
13 Familienplanung und Sexualität sicherzustellen, dies schließt auch die
14 Kostendeckung von **Digitalisierungs- und Qualitätsentwicklungsprozessen** ein,
 - 15 • Sexualität als eigenen Wert zu stärken und sich einzusetzen für **sexuelle Bildung**
16 als **Querschnittsaufgabe**, die allen Menschen alters-, entwicklungs- und
17 bedarfsgerecht vielfältig zugänglich gemacht wird, dies beinhaltet
18 insbesondere auch die Sicherstellung der verlässlichen Finanzierung von
19 bedarforientierten, flächendeckenden, zielgruppenspezifischen und qualitativ
20 hochwertigen Angeboten der sexuellen Bildung,
 - 21 • sich entschlossen einzusetzen für den **Schutz der sexuellen und geschlechtlichen**
22 **Identität**,
 - 23 • sich einzusetzen für den **Schutz der Akteur*innen und Zielgruppen** im Kontext
24 sexueller Bildung vor Anfeindungen und Gewalt,
 - 25 • **Verhütungsmittel** kostenfrei zugänglich zu machen, sowie sich einzusetzen für den
26 Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und einer ungleichen
27 Verantwortungsübernahme in Verhütungsfragen sowie
 - 28 • sich für die flächendeckende und kostenlose Bereitstellung von
29 **Menstruationsprodukten** einzusetzen, ebenso für die Förderung von
30 **Menstruationsgesundheit**.
- 31 Der AWO Bundesverband e.V. wird aufgefordert
- 32 • das **Engagement in der Umsetzung von sexuellen und reproduktiven Rechten**
33 ungehindert fortzusetzen und dazu in einem breiten Bündnis von Verbänden,
34 Organisationen und Aktivist*innen zu agieren,
 - 35 • die **Website www.awo-schwanger.de** inhaltlich und technisch weiterzuentwickeln
36 sowie
 - 37 • zu den Themen **Leihschwangerschaft und Eizellabgabe** eine gesamtverbandliche
38 Position zu erarbeiten.

Begründung

Die AWO engagiert sich seit über hundert Jahren ausdauernd für die Umsetzung und Stärkung sexueller und reproduktiver Rechte. Seit ihrer Gründung setzt die AWO sich ein für eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Geschlechter ihren Lebensentwurf selbstbestimmt umsetzen können und dafür über die gleichen und ausreichend Rechte, Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten verfügen.

Das Engagement für die Stärkung und den Ausbau sexueller und reproduktiver Rechte bleibt nicht zuletzt aufgrund der verbandshistorischen Verpflichtungen zentrales Kernthema der AWO. Sexuelle und reproduktive Rechte sind keine Selbstverständlichkeit und gehören zu den großen menschenrechts- und gleichstellungspolitischen Forderungen (unserer Zeit). Ihre Errungenschaften müssen stets verteidigt und abgesichert, bestehende Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen, z.B. durch Gesetzgebungen, abgeschafft und Angriffe auf die körperliche und reproduktive Selbstbestimmung verhindert werden. In Mittelpunkt steht das persönliche Recht, sich eigenverantwortlich für oder gegen ein Leben mit (weiteren) Kindern zu entscheiden, sowie die eigene Sexualität und sexuelle und geschlechtliche Identität frei und ohne Zwang, Diskriminierung und Gewalt leben zu können.

Die AWO sieht sich in ihrer Gründungsgeschichte verpflichtet, sexuelle und reproduktive Rechte offensiv zu vertreten und Angriffen auf die körperliche Selbstbestimmung entschieden entgegenzutreten. Als familienpolitischer Fachverband der AWO setzt sich das ZFF konsequent für die Anerkennung und Gleichstellung aller Familienformen ein. Der Schutz reproduktiver Rechte ist essenziell für eine gerechte Familienpolitik, die Selbstbestimmung ermöglicht und Vielfalt anerkennt. Deshalb stehen wir entschlossen an der Seite der AWO – für mehr Schutz, Gleichstellung und eine progressive Familienpolitik.

Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, der Zugang zu kostenfreien Menstruationsprodukten, sowie kostenfreier Verhütung zur Verwirklichung der eigenen Sexualität, der bewussten Familienplanung sowie der Reduzierung von ungewollten Schwangerschaften und sexuell übertragbaren Infektionen, und umfassender sexueller Bildung sind notwendig, um soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe und eine (geschlechter)gerechte Gesellschaft zu stärken. Noch immer existieren Barrieren und Falschinformationen beim Zugang zu verlässlichen Informationen über Schwangerschaftsabbrüche. Die AWO stellt sich diesen Herausforderungen, unter anderem durch die Bereitstellung von wissenschaftsbasierten Informationen auf der Website www.awo-schwanger.de. Ihr kommt entsprechend auch eine wichtige politische Bedeutung im Engagement für sexuelle und reproduktive Rechte zu. Um Geschlechtergerechtigkeit und eine echte demokratische Teilhabe aller Menschen zu erreichen, müssen auf sexuelle, reproduktive und geschlechtliche Identität bezogene Rechte durch menschenrechtskonforme Rahmenbedingungen und Gesetze garantiert sein. Das schließt auch die Förderung von Menstruationsgesundheit und eine kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsprodukten ein. Die Menstruation wird gesellschaftlich noch immer tabuisiert, stigmatisiert und begründet soziale Ungleichheiten. Für einen Verband wie die AWO ist es geboten, mit seinen Positionen (weiterhin) politisch dafür einzustehen.

Sexualität ist in ihrer Vielgestaltigkeit über alle Lebensphasen hinweg ein existenzielles Grundbedürfnis und ein zentraler zu entwickelnder und Entwicklungsfähiger Persönlichkeitsaspekt. Sexuelle Bildung befähigt zu informierten und selbstbestimmten Entscheidungen, hinterfragt Machtverhältnisse und trägt dazu bei, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zu fördern. Entsprechend kommt Sexualität und sexueller Bildung in allen Lebensbereichen und Arbeitsfeldern der AWO eine grundlegende Bedeutung zu. Indem Diskriminierungen aktiv entgegengewirkt wird und Vielfalt als Ausgangspunkt anerkannt wird, setzt die AWO sich aktiv dafür ein, dass alle Menschen ihre Identität und Lebensentwürfe selbststimmmt leben können. Sexuelle Bildung ist ein zentraler Bestandteil von Menschenrechtsbildung, kann empowern und rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern helfen. Auch leistet sexuelle Bildung einen wichtigen Beitrag

zum Schutz vor Gewalt. Zugleich sind Angebote und Akteur*innen der sexuellen Bildung zunehmend Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Entsprechend braucht es eine klare politische Haltung, sich entschlossen für ihren Schutz einzusetzen.

Wenngleich sexuelle und reproduktive Rechte alle Menschen betreffen und alle von ihrer Absicherung profitieren würden, so muss gleichermaßen den sozialen und (geschlechts-)spezifischen Ungleichheiten Rechnung getragen werden, die mit der Absicherung von sexuellen und reproduktiven Rechten einhergehen. Insbesondere Frauen und queere Menschen sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Um sexuelle und reproduktive Rechte für alle zu sichern, braucht es intersektionale Ansätze, die soziale Ungleichheiten abbauen und spezifische Bedarfe berücksichtigen.

Den Beratungsstellen für Schwangerschaft, Familienplanung und Sexualität kommt zudem eine wesentliche Bedeutung zu. Sie sind wesentliche Orte, an denen Sexualität und alle damit im Zusammenhang stehenden Themen besprochen werden können und an denen Werte wie Selbstbestimmung und Solidarität gelebt, erfahren und gefördert werden. Sie stärken die soziale Teilhabe, tragen zur Demokratieförderung bei und unterstützen eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Chancen und Rechte genießen. Um diesen vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Beratungsstellen gestärkt werden, damit ihre Angebote bedarfsgerecht ausgebaut und qualitativ, sowie entsprechend gesellschaftspolitischer Entwicklungen weiterentwickelt werden können.

Die „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ wurde im Frühjahr 2023 von der Ampelkoalition berufen und hat im April 2024 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Neben den Möglichkeiten der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, wurden auch Möglichkeiten zur Legalisierung der Leihschwangerschaft und der Eizellabgabe geprüft. Die Ergebnisse bzgl. Leihschwangerschaft und Eizellabgabe sind komplex und berühren viele weitere Themenbereiche wie sozioökonomische Ungleichheit und Ausbeutung. Die AWO und das ZFF möchten sich mit einer eigenen Position in die weitere Diskussion einbringen und Stellung beziehen.